



INITIATIVE FÜR MEHR DEMOKRATIE
INIZIATIVA PER PIÙ DEMOCRAZIA
SCOMENCIADIA POR PLÜ DEMOCRAZIA

Koordinierungsbüro:
Silbergasse 15, 39100 Bozen
Tel. +39 0471 324987
E-Mail: info@dirdemdi.org
Webseite: www.dirdemdi.org

Offener Brief

Bozen, 20. Mai 2016

**Im Geiste von Pfingsten:
Der Vielfalt auch in der Politik Ausdruck verleihen und sie wertschätzen -
Konkordanzdemokratie als Ausweg aus der politischen Krise**

Liebe Bürgermeisterkandidaten!

Unter Demokratie wollen wir die Einbeziehung aller, ja, aller Bürgerinnen und Bürger sowie all ihrer Vertreter in das politische Geschehen und in die Entscheidungen verstehen.

Bisher haben wir allerdings in unserer Stadt, aber nicht nur hier, etwas ganz anderes erfahren: Die Stadtregierung ist immer nur von einer mehr oder weniger knappen Mehrheit der im Gemeinderat vertretenen Parteien gewählt worden. Diese Mehrheit hat dann auch noch aus mehreren kleinen Parteien bestanden, die eine unverhältnismäßig große politische Macht besessen haben, weil die Regierungsmehrheit von ihrer Stimme abhängig war. Die Mehrheit war auf diese Weise instabil und folglich waren die starken Parteien unter ihnen bestrebt, ihre Abhängigkeit von den kleinen Parteien zu reduzieren, indem sie diesen jetzt den Zugang zum Vertretungsmandat erschwert haben.

Die Folge ist de facto eine geringere Vertretung der Bürgerinnen und Bürger durch Parteien. Aber es sind jetzt nicht nur jene Bürgerinnen und Bürger nicht mehr vertreten (d.h. sie zählen nicht beim Zustandekommen der politischen Entscheidungen), deren Parteien an Zugangshürden gescheitert sind, sondern auch jene, die von Parteien vertreten werden, die nicht zur Mehrheit gehörten, und das ist schon seit Jahrzehnten beinahe die Hälfte der Wählenden. Zählen wir weiters alle Wahlberechtigten dazu, die sich überhaupt nicht mehr vertreten fühlen und deshalb gar nicht zur Wahl gehen, dann regiert die politische Mehrheit für kaum mehr als 30% der Wahlberechtigten.

Das ist eine auf Dauer frustrierende Angelegenheit und für die Demokratie ein Untergangsszenario, vor allem, wenn die Mehrheitsverhältnisse über Jahrzehnte gleich bleiben. Das zeigt sich deutlich in der kontinuierlich sinkenden Wahlbeteiligung.

Diese für uns undemokratische Situation haben die herrschenden Parteien entstehen lassen, indem sie gegeneinander um die Macht gerungen und in Konkurrenz untereinander gestanden haben, und diese Situation schrittweise in Regeln festgeschrieben haben. Die Bürgerinnen und Bürger sind dem politischen Geschehen gegenüber übergestanden, wie die Zuschauer vor dem Kampf in einem Boxring. Die politische Macht der Bürgerinnen und Bürger war und ist weitgehend darauf reduziert, diese in Wahlen nur abgeben zu können.

Was wäre hingegen, wenn die Bürgerinnen und Bürger mit geeigneten Instrumenten wirksam ins politische Geschehen eingreifen könnten? Dann würde wahrscheinlich immer wieder klar werden, dass diese so wenig repräsentative politische Mehrheit in einzelnen Fragen nicht im Sinne der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger entscheidet oder, anders herum, die politische Mehrheit würde sich mehr bemühen, in ihrem Sinne zu entscheiden.

Was wäre, wenn wir Bürgerinnen und Bürger die Regierung selbst wählen könnten? Wir hätten dann eine Vielfalt von Positionen in der Regierung vertreten, die dazu zwingen würde, diese Verschiedenheit zu schätzen und zu nutzen, um in einer echten Zusammenarbeit nicht eine mehrheitliche Position durchzusetzen, sondern einen Konsens zu finden, der der Stadtbevölkerung so entspräche, dass sie sich nicht mit dem Referendum gegen deren Beschlüsse wehren muss.

Was wäre, wenn wir Bürgerinnen und Bürger die KandidatInnen jetzt nicht listengebunden, sondern listenübergreifend wählen können, und wenn die Gewählten ihr Mandat effektiv mehr den Bürgerinnen und Bürgern verdanken würden, als den Parteien? Würden diese nicht eher jenseits der engen und machtzentrierten Parteilogik, übergreifende Zusammenarbeit untereinander praktizieren?

Was brächten also neue demokratische Regeln, eine neue politische Kultur, die eine direktere politische Vertretung der Wähler im Auge hat, die zuliebe, dass sich der Mehrheitswille der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der regierenden Mehrheit zur Geltung bringen kann? Sie würden die politische Vertretung dazu bringen, in einem breiteren Konsens zusammen zu arbeiten, an dem eine Vielfalt der Positionen beteiligt ist.

Damit würde sich nicht mehr die Frage der Regierbarkeit stellen, nicht mehr das Problem der Erpressbarkeit einer schmalen Mehrheit durch kleine Parteien, nicht mehr das Problem, dass zwei Drittel der Wähler sich in den politischen Entscheidungen nicht vertreten fühlen, würde nicht mehr dieser Verschleiß von Kräften stattfinden, die gegeneinander eingesetzt werden, und würde nicht mehr annähernd die Hälfte der politischen Arbeit (der Opposition) umsonst sein.

Freilich, die politischen Vertreter wären angehalten, sich zu verständigen, sich nicht gegenseitig auszugrenzen, nicht einseitige und parteiische Sichtweisen zu kultivieren. Gewinnen würde man damit aber wieder die Menschen für eine Demokratie, in der sich alle ernst genommen wissen.